

3.66 Gerechte Generationenpolitik – zukunftsfähig und solidarisch

Beschluss der BDKJ-Hauptversammlung 2013

Präambel

Fortschreitender Sozialabbau und Entsolidarisierung in unserer Gesellschaft veranlassen uns als Katholische Jugendverbände im Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ), unsere Stimme zu erheben. Im Interesse von Kindern und Jugendlichen bringen wir uns in die Debatte ein und nehmen Stellung zu aktuellen und drängenden Problemen.

Junge Menschen bewältigen heute eine Vielzahl von Herausforderungen. Was konkret von ihnen als besonders herausfordernd angesehen wird, kann dabei sehr unterschiedlich sein: Kinder und Jugendliche mit ihren Bedürfnissen, Ängsten und Wünschen sind keine homogene Masse. Ihre unterschiedlichen und vielschichtigen Lebenswelten stellen sie vor verschiedene Problemlagen.

Mit der Strategie "U28 - Die Zukunft lacht" legen wir den Abgeordneten des Bundestages als Gestalterinnen und Gestalter der Zukunft ein Handlungsprinzip ans Herz, welches dem Wohl der Kinder und Jugendlichen in unserem Land den absoluten Vorrang einräumt!

1. Ausgangslage

Wir beobachten jedoch ein mangelndes gesellschaftliches und politisches Bewusstsein für die jetzigen und zukünftigen Belange von Kindern und Jugendlichen in Deutschland.¹ Dies ist angesichts der alternden Gesellschaft besonders schwerwiegend: bereits im Jahr 2035 wird nach heutigem Rechtsstand die Hälfte der Bevölkerung in Deutschland im

¹ Internationale Gerechtigkeit und Solidarität sind für uns wichtige Handlungsgrundsätze. Im Bewusstsein, dass die Welt heute inter- und transnational vernetzt ist, beziehen wir uns in diesem Antrag jedoch vorrangig auf die Situation in Deutschland als Teil Europas.

Rentenalter sein und rund 60% der Wahlberechtigten ausmachen (ifo-Institut). Eine alternde Gesellschaft läuft Gefahr, die Bedürfnisse der jungen Generationen zugunsten der eigenen Bedürfnisse zu vernachlässigen. In politischen Prozessen droht dabei das Ziel kurzfristiger Wahlerfolge über eine nachhaltige Politikstrategie gestellt zu werden.

Noch immer und trotz einer klaren Kinderrechtskonvention ist der Einfluss von Kindern und Jugendlichen auf politische Entscheidungen stark begrenzt. Immer noch dominiert die ältere Generation Gremien und Leitungsämter. Der Blick auf Kinder und Jugendliche geht dadurch oft verloren. Wir wünschen uns einen Generationenvertrag, der die Aufgaben- und Lastenverteilung zwischen Alt und Jung neu verteilt. Er darf dabei die Wünsche und Anliegen der Generationen nicht gegeneinander ausspielen, sondern muss vielmehr für ein stärkeres Miteinander sorgen.

Benötigt wird eine Reform der sozialen Sicherungssysteme, die ein gutes Auskommen und eine gute Versorgung für die Älteren leisten, ohne die jungen Menschen zu überfordern. Es braucht Orte, auch jenseits der klassischen Familienbeziehungen, damit die Generationen nicht weiter voneinander abrücken.

2. Aus katholischer Grundhaltung eine Doppeloption für die Jugend und die Armen

Auf Grundlage der Katholischen Soziallehre setzt sich der BDKJ für eine Entwicklung der Gesellschaft ein, die Menschenwürde, Freiheit, Solidarität, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit als zentrale Grundwerte umsetzt.

Als Kinder und Geschöpfe Gottes besitzen alle Menschen unabhängig von Alter, Geschlecht, ethnischer und sozialer Herkunft und Leistungsvermögen die gleiche Menschenwürde. Gleichberechtigter Zugang zu Ressourcen zur Entfaltung der Talente und gleiche Rechte sind Grundlage für eine bereichernde Unterschiedlichkeit. "Die Zukunftsfähigkeit einer Gesellschaft bemisst sich nicht zuletzt daran, welche Perspektiven und Zukunftschancen sie ihrer Jugend gibt."² Daher setzen sich die katholischen Jugendverbände dafür ein, dass alle heute und zukünftig in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Kinder und Jugendliche über gleiche, gute Lebenschancen verfügen. Dies bedingt die Notwendigkeit, alle wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Weichenstellungen und Entscheidungen daraufhin zu überprüfen, inwiefern sie dem guten Leben junger und zukünftiger Generationen dienen.

Unsere grundlegende „Option für die Armen“ macht erforderlich, alle Entscheidungen und alles Handeln aus der Perspektive der Schwachen und Benachteiligten zu bewerten. Bewertungsmaßstab ist dabei, ob das Handeln den Benachteiligten umfassende Teilhabechancen eröffnet und Mechanismen von Ausgrenzung überwindet.

Gerade in Bezug auf aktuelle politische Entscheidungen und gesellschaftliche Entwicklungen drohen diese beiden Bewertungsgrundlagen häufig aus dem Blick zu geraten. Die Schere zwischen Arm und Reich wird immer größer und in einer alternden Gesellschaft drohen junge und zukünftige Generationen auf der Strecke zu bleiben. Der BDKJ setzt sich daher für eine solidarische Generationenpolitik ein. Diese muss für die derzeitige junge Generation die gleichen Chancen auf Entfaltung ihrer Möglichkeiten und auf Befriedigung ihrer eigenen

Bedürfnisse bereithalten, die frühere Generationen in ihrer Jugend hatten. Die gleichen Chancen brauchen auch künftige junge Generationen.

3. Herausforderungen aus Sicht der jungen Generation

Die globale Finanzkrise hat in vielen Ländern Europas und der Welt die Staatsschulden stark ansteigen lassen. In dieser Krise scheint das „Primat der Politik“ ausgehebelt zu werden. Die Verschuldung vieler Staaten übt einen erheblichen Druck auf die Regierungen aus. Einige Länder sind an die Grenze ihrer Möglichkeiten geraten. Meist leiden darunter die Schwächsten und die Jugend des jeweiligen Landes. Wir stellen fest, dass die Arbeitslosigkeit in vielen Staaten Europas zunimmt, die Jugendarbeitslosigkeitsquoten zum Teil nie erwartete Höhen betragen und Rentenansprüche wie auch Löhne bis unter die Armutsgrenze sinken. Die katholischen Jugendverbände in Deutschland zeigen sich solidarisch mit der Jugend in anderen europäischen Ländern! Jedoch sollen hier vorrangig die Problemlagen der heutigen jungen Menschen und zukünftiger Generationen in Deutschland beleuchtet werden.

3.1 Staatsverschuldung

Staatsschulden sind eine Beleihung auf Kosten zukünftiger Steuerzahlerinnen, Steuerzahler und Generationen. Sie vermindern die Gestaltungsmöglichkeiten künftiger Politik und stellen eine Last für die heutige junge, aber auch für zukünftige Generationen dar.

Die Staatsverschuldung ist in Deutschland mit 82% (Quellenangabe einfügen) des derzeitigen Bruttoinlandsproduktes zu hoch. Die Bemühungen um einen ausgeglichenen Haushalt sind durch die Bundesregierung mit einem Sparpaket verbunden worden. Dieses hat verteilt auf fast alle Ressorts zu notwendigen Einsparungen geführt. Insbesondere mit Blick auf die Zukunftsfähigkeit kam es jedoch zu

² Gemeinsames Wort der Kirchen, Nr. 204

Fehlsteuerungen, wobei insbesondere Investitionen wie beispielsweise die Qualifizierung Arbeitssuchender zurückgefahren worden sind. Gleichzeitig gibt es faktische Kürzungen im Bereich der Bildung, insbesondere der außerschulischen Jugendbildung und der Förderung der Jugendarbeit, wo gestiegene Kosten gleich bleibenden Zuschüssen gegenüberstehen.

Die angespannte Situation des Bundes wird von einigen Ländern und einer ganze Reihe Kommunen noch übertroffen. Immer öfter sind die Pflichtaufgaben nicht mehr angemessen zu erfüllen, so dass Haushalts sicherungskonzepte an die Stelle politischer Entscheidungen treten. Aufgaben, die der Zukunftssicherung dienen, Investitionen in die Zukunft und in die Perspektive junger Menschen treten in den Hintergrund.

3.2 Rentensystem

In Deutschland stehen immer mehr Rentnerinnen und Rentner einer sinkenden Zahl von Beitragszahlenden gegenüber. Der heutige Generationenvertrag ist zukünftig nicht mehr einhaltbar. Das spüren durch die Verringerung des staatlichen Rentenniveaus bereits die Generationen, die heute noch im Erwerbsleben stehen.

Das System der Erwerbsarbeit hat sich in den letzten Jahren in Deutschland grundlegend verändert. Kontinuierliche Erwerbsbiographien (Schule, Ausbildung, Arbeitsbeginn, Rente) existieren heute kaum mehr. Unbezahlte Praktika, befristete Verträge, Zeitarbeit, Werkverträge, Minijobs etc. haben an vielen Stellen die früher regulären Beschäftigungsverhältnisse ersetzt oder gewandelt.

Gerade junge Beschäftigte sind konfrontiert mit unsicheren Beschäftigungsverhältnissen und geringen Löhnen, während gleichzeitig der Arbeitsdruck auf die einzelne Arbeitnehmerin und den einzelnen Arbeitnehmer steigt. Derzeit arbeitet die Hälfte der jungen Beschäftigten unter 35 Jahren in befristeten Arbeitsverhältnissen. 70 % arbeiten deutlich mehr bzw. länger, als in

ihrem Arbeitsvertrag vereinbart und können dennoch nicht mit einer angemessenen Rente rechnen. Rund ein Drittel der jungen Beschäftigten sorgt sich gar um ihre berufliche Zukunft. Die oftmals nicht freiwilligen und diskontinuierlichen Erwerbsbiographien führen zu einer lückenhaften Rentenversicherungsbiographie und damit zu einer entsprechend niedrigen Rente.

Bezogen auf Männer und Frauen im Bereich der staatlichen Rente gibt es deutliche Unterschiede. So lässt sich schon heute prognostizieren, dass sich der „Gender-Pay-Gap“ im Bereich der Erwerbsarbeit im Ruhestand zum „Gender-Pension-Gap“ entwickelt: Frauen bekommen - bedingt u. a. durch vermehrte Brüche in der Erwerbsbiographie wie Erziehungs- und Pflegezeiten - heute häufig weniger staatliche Rente als Männer.

Und es ist abzusehen, dass diese Entwicklung sich noch verschlimmern wird. Denn auch wenn sich die Rollenerwartungen und die gesellschaftliche Aufgabenteilung von Frauen und Männern gewandelt haben und weiter wandeln, sind es die seit langem falsch gesetzten Anreize wie Mini-Jobs und das Ehegattensplitting, die Altersarmut von Frauen begünstigen.

3.3 Erwerbsarbeit

„Die Erwerbsarbeit ist der dominante Faktor der heutigen Gesellschaft. Erwerbsarbeit ist Voraussetzung für die Teilnahme am kulturellen, politischen und sozialen Leben und bestimmt den gesellschaftlichen Status.“³ Dies schließt Menschen, die keiner Erwerbsarbeit nachgehen können, aus und verhindert ihre gesellschaftliche Teilhabe. Darüber hinaus führt dieser Umstand gerade finanziell zu teilweise existenzbedrohenden Lebenssituationen.

Zudem wollen viele erwerbsfähige Männer und Frauen eine Wahlfreiheit, die ihnen Zeit

³ „Solidarität - Chance für die Zukunft! Skizze einer gerechteren Gesellschaft.“ Beschluss der BDKJ-Hauptversammlung, 2001.

für Familie, Bildungsarbeit und ehrenamtliches Engagement lässt.

3.4 Armut

Kinder- und Jugendarmut ist nach wie vor ein großes Problem im reichen Deutschland. Diese bezieht neben dem verfügbaren Einkommen Faktoren wie Bildung, die Wohnsituation, die physische und psychische Gesundheit, die Beschäftigung, die (soziale) Mobilität, das soziale Umfeld etc. mit ein. Neben diesen objektiven können auch subjektiv Ressourcen im Bereich der kognitiven, sozialen und emotionalen Kompetenz eine Rolle spielen. Die objektiven und subjektiven Faktoren wirken zusammen und können die gesamte Lebenssituation von Kindern und Jugendlichen beeinträchtigen. Die materielle Armut ist in Deutschland trotz der wieder erstarkten Volkswirtschaft in den letzten Jahren nur gering zurückgegangen. Junge Erwachsene bilden die Gruppe mit dem größten Armutsrisiko (Quellenangabe einfügen), für einen erheblichen Anteil von ihnen wird sich das auch auf die persönliche Perspektive und die hieraus folgende Gefahr von Altersarmut auswirken. Darüber hinaus sind Frauen auch weiterhin häufiger als Männer gefährdet im Alter in Armut zu leben. Eine der Hauptursachen hierfür ist das Ehegattensplitting. Es bietet finanziell die meisten Vorteile in einer Alleinverdienerehe, in der die Partnerin oder der Partner (aufgrund der derzeitigen Einkommenssituation in Deutschland meist die Frau) gar kein eigenes oder ein sehr viel geringeres Einkommen hat. Es erleichtert klassische Rollenverteilungen und manifestiert diese, da Frauen häufig zur Kindererziehung zuhause bleiben oder in nicht sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen (z.B. Mini-Jobs) arbeiten. Auch wenn Rentenansprüche im Scheidungsfall grundsätzlich ausgeglichen werden, drohen Frauen im Alter durch diese Lücken in ihrer Erwerbsbiographie, die sie durch die steuerliche Entlastung des

Ehegattensplittings eingegangen sind, zu verarmen.

4. Unsere Chance - „Solidarität“

Wir fordern die politisch Verantwortlichen in Deutschland dazu auf, aktiv einen Blickwechsel zu vollziehen und den Blick der unter 28-jährigen im politischen Prozess einzunehmen: Was bedeutet eine politische Entscheidung für junge Menschen heute und zukünftig?

4.1 Unsere Ansprüche und Forderungen an Partizipation von jungen Menschen

Es bedarf erweiterter gelebter Formen gelebter Partizipation, die junge Menschen als Expertinnen und Experten in eigener Sache an der Entwicklung der Gesellschaft mitgestalten lässt. Deshalb fordern wir eine deutliche Absenkung des aktiven Wahlalters bei Kommunal-, Landtags-, Bundestags- und Europawahlen sowie bei Bürgerinnen- und Bürgerentscheiden.

Doch damit ist es nicht getan. Es bedarf neuer Methoden wirksamer Beteiligung und den Wechsel hin zu einer politischen Kultur, die allen Generationen gerecht wird. Hier befinden sich die katholischen Jugendverbände in einer stetigen Entwicklung und können eine Vielfalt an Erfahrungen und Methoden anbieten.

4.2 Unsere Ansprüche und Forderungen für einen nachhaltigen Staatshaushalt

Um zukünftige Generationen nicht mit hohen Schulden zu belasten ist der Abbau der Staatsverschuldung ein wichtiges Ziel. Dabei geht es nicht nur um den Verzicht auf Neuverschuldung, sondern auch um den Abbau der Gesamtverschuldung. Gleichzeitig müssen aber kurzfristig die öffentlichen Haushalte, insbesondere die Kommunen, in die Lage versetzt werden, ihre Pflichtaufgaben zu erfüllen. Hierzu zählt - auf die Zukunft gerichtet - insbesondere die

Bildung. Auf allen Ebenen muss die Bildung mit frühkindlicher Bildung, der schulischen Bildung, der beruflichen und universitären Bildung, mit außerschulischer Jugendbildung und kultureller, politischer und sozialer Bildung als Zukunftsinvestition gefördert werden.

Für die Konsolidierung der Finanzen müssen mit Blick auf die Ansprüche der jungen Generation die richtigen Prioritäten gesetzt werden.

Dies bedeutet nicht automatisch eine Politik zu Ungunsten der älteren Generation. Die Ausgaben in verschiedenen Bereichen müssen auf den Prüfstand gestellt werden.

Insbesondere müssen die Lasten zwischen Vermögenden und Armen wesentlich gerechter verteilt werden.

Die Schuldenbremse muss uneingeschränkt gelten. Es müssen Möglichkeiten gefunden werden höhere Ausgaben für Bildung auf allen Ebenen durch Einsparungen in anderen Etats und durch Erhöhung der Einnahmeseite, zu finanzieren. Zudem muss auch das Haushaltsrecht so verändert werden, dass Kommunen in die Lage versetzt werden ihre Pflichtaufgaben zu erfüllen.

Die Schuldenbremse ist dabei erst der erste Schritt auf einem langen Weg. Das langfristige Ziel muss die Tilgung der immensen Staatsschuldenlast sein, um diese Bürde von den nachfolgenden Generationen zu nehmen.

Die Einführung einer verfassungskonformen, kleine Privatvermögen und angemessene Eigenheime verschonende Vermögenssteuer auf Privatvermögen von ca. 3% soll die Vermögenden mit ihren gewachsenen Möglichkeiten in eine solidarische Finanzierung der staatlichen Aufgaben angemessen einbeziehen.

Ebenso fordern wir den Angleich der Kapitalertragssteuer an die übrigen Einkunftsarten im Einkommensteuergesetz.

Zudem wiederholt der BDKJ seine Forderung nach Einführung einer

Wertschöpfungsabgabe⁴ auf Kapital-, Maschinen oder Technologieeinsatz, um deren Wertschöpfung mit der aus menschlicher Arbeitsleistung gleich zu setzen, und die Unternehmen in ihre soziale Verantwortung nimmt.

Die Neuregelung der Mehrwertsteuersätzen mit einem verminderten Steuersatz für Grundbedürfnisse, einem regulären Steuersatz und einem erhöhten Steuersatz für Luxusgüter, unter Einbezug einer ökologischen Steuerungsfunktion, soll neue Finanzierungsquellen erschließen, ohne die ohnehin schon unter der Armutsgrenze Lebenden zu belasten.

4.3 Unsere Ansprüche und Forderungen an generationengerechte soziale Sicherungssysteme

Aus der Perspektive der heutigen jungen Generationen und zukünftiger Generationen ist das Grundeinkommen⁵ für den BDKJ Maßstab für die Position zu aktuellen sozial- und finanzpolitischen Fragen und Entscheidungen, um schrittweise diese Vision Wirklichkeit werden zu lassen.

Die Einführung eines eigenständigen Kinder- und Jugendgrundeinkommens als ersten Schritt hin auf ein Grundeinkommen für alle Bevölkerungsgruppen dient der eigenständigen Existenzsicherung für Kinder und Jugendliche und verhindert Kinder - und Jugendarmut.

In unserem reichen Land leben viele Kinder und Jugendliche in Armut. Ziel der Gesellschaft muss es sein, dass kein Kind in Armut leben muss. Zu Grunde liegt die Haltung, dass jedes Kind gleich viel wert ist, daher soll jedes Kind, unabhängig vom Einkommen der Familie, die gleiche finanzielle Unterstützung vom Staat erhalten.

⁴ Solidarität - Chance für die Zukunft“

⁵ „Solidarität- Chance für die Zukunft“, Beschluss der BDKJ-Hauptversammlung 2003.

Solidarisch sein bedeutet, alle mit einzubeziehen und besonders beitragsstarken Gruppen nicht zu erlauben sich ausschließlich extra abzusichern und sich damit aus der Solidargemeinschaft herauszulösen. Die Einführung einer bedingungslosen Grundrente, die aus allen Einkommensarten finanziert wird, ist eine existenzsichernde Grundlage für ein würdevolles Leben nach dem aktiven Erwerbsleben. Die darüber hinaus erworbenen Rentenansprüche, die über paritätische Zahlungen von Arbeitnehmenden und Arbeitgebenden aufgebaut werden, könnten nach dem Äquivalenzprinzip verteilt werden. Eine bedingungslose Grundrente ermöglicht jungen Menschen eine positive und angstfreihere Zukunftsperspektive, welche sich auch auf die eigene Lebenseinstellung und gesamte Gesellschaft auswirkt.

4.4 Unsere Ansprüche und Forderungen an die Anerkennung von gesellschaftlicher Arbeit

Unbezahlte Pflege- und Familienarbeit, die auch heute noch in den meisten Fällen von Frauen geleistet wird, sowie Bildungsarbeit und Ehrenamtliches Engagement als weitere Formen gesellschaftlich notwendiger Arbeit müssen einen mit der Erwerbsarbeit gleichgestellten gesellschaftlichen Status bekommen.

Insbesondere der Staat als Arbeitgeber und Kirche als Arbeitgeberin müssen hierbei ihrer Vorbildfunktion als faire Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber gerecht werden. Es braucht qualifizierte Angebote für Erwerbslose und Wiedereinsteigerinnen und Wiedereinsteiger z.B. nach einer Familienzeit.

Wer gemeinsam in einem Haushalt lebt, übernimmt Verantwortung füreinander. Statt des Ehegattensplittings setzen wir uns ein für eine gemeinsame Besteuerung der in einem Haushalt Zusammenlebenden. Deshalb fordern wir zunehmende Splittingvorteile davon abhängig zu machen, wie viele Kinder oder zu pflegende Angehörige im gleichen Haushalt leben.

4.5 Unsere Ansprüche und Forderungen zum Abbau prekärer Beschäftigung

Berufseinsteigerinnen und Berufseinsteiger brauchen sichere, unbefristete Vollzeit Arbeitsplätze mit sicherem Einkommen und sozialer Absicherung. Die ursprüngliche Funktion der Zeitarbeit, Ausgleich von Auftragsspitzen zu sein, wird zunehmend und systematisch umgangen (z.B. Betriebs- / konzern-eigene Zeitarbeitsfirmen) und bedarf einer Neuregulierung. Wir drängen auf die höhere Entlohnung der Leih- / und Zeitarbeiter und Zeitarbeiterinnen gegenüber den regulären Beschäftigungsverhältnissen. Außerdem fordern wir die Abschaffung von unbezahlten Praktika (die nicht der Ausbildung dienen), Werkverträgen etc., die zu prekären Lebenssituationen führen. Die Mini-Jobs müssen sozialverträglich durch reguläre sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze ersetzt werden.

4.6 Unsere Ansprüche und Forderungen an solidarische Sozialversicherungen

Solidarität darf niemanden aus der Verantwortung entlassen. Deshalb müssen alle steuerlich relevanten Einkünfte (§ 2 (2) EStG) auch Grundlage für eine Beteiligung an der Sozialversicherung darstellen. Damit beziehen wir einerseits bisher nicht beteiligte Einkunftsarten wie beispielsweise Gewerbetreibende und Selbständige, Beamtinnen und Beamte, Abgeordnetenbezüge sowie die Einkünfte aus Kapital und Grundbesitz mit ein. Andererseits dürfen Besserverdienende nicht durch eine Beitragsbemessungsgrenze nur unterproportional am Solidarsystem beteiligt werden.

5. Erste Schritte

Zusammenfassend fordert der BDKJ folgende erste Schritte zu gehen, um dem Ziel einer solidarischen, generationengerechten Gesellschaft näher zu kommen:

- Wirksame Partizipation junger Menschen
- Die Einführung eines Kinder und Jugendgrundeinkommen
- Die Einführung einer bedingungslosen Grundrente
- Den Abbau von prekären Beschäftigungsverhältnissen
- Haushaltssplitting statt Ehegattensplitting
- Ein gerechtes Abgabensystem
- Einhaltung der Schuldenbremse und Abbau der Staatsverschuldung